



Der deutsche Arbeitsmarkt hofft auf ukrainische Flüchtlinge

Millionen Menschen flüchten aus der Ukraine vor dem russischen Angriffskrieg, mehr als 970 000 von ihnen sind bislang nach Deutschland gekommen. Derzeit wird vor allem humanitäre Hilfe benötigt: Unterkünfte, Kinderbetreuung, medizinische Hilfe. Völlig unklar ist noch, wie lange die Ukrainer und Ukrainerinnen in Deutschland bleiben.

Die Flüchtlinge bringen sehr gute Voraussetzungen mit, den deutschen Arbeitsmarkt zu entlasten. Aber auch hier zeigt sich, dass Integration kein Selbstläufer ist. Wir sollten die Geflüchteten als Gesellschaft bei ihrem Wunsch unterstützen, hier Fuß zu fassen, etwa im Bereich der Kinderbetreuung. Zudem sollten die vorhandenen Unterstützungsangebote flexibel und bedarfsgerecht organisiert werden, um den Menschen diesen Schritt zu erleichtern. Passgenaue geförderte Sprachkurse wären ein erster Schritt.

Insbesondere sollten die Kriegsflüchtlinge Zugang zu Berufen erhalten, die strengen Regeln unterliegen, wo aber derzeit Arbeitskräftemangel herrscht. Also vor allem in der Pflege sowie in Lehr- und pädagogischen Berufen. Über alle Berufe hinweg fehlen derzeit fast 540 000 Fachkräfte – Tendenz steigend. Besonders groß sind die Lücken in der Sozialarbeit, der Erziehung, der Pflege, bei IT-Berufen und im Handwerk.

Der seit Jahren bestehende Fachkräftemangel hat sich durch die Corona-Jahre weiter verschärft. Die Azubi-Zahlen gehen zurück, das weitgehend florierende Handwerk sucht dringend Nachwuchs. Der gesellschaftlich geforderte, beschleunigte Wohnungsbau oder die Energiewende mit Photovoltaikanlagen, Windrädern und Wärmepumpen ist ohne sie nicht zu stemmen. Aber auch in vielen anderen Bereichen fehlen Arbeitskräfte. Weil die geburtenstarken Jahrgänge immer näher an ihren jeweiligen Ruhestand rücken, ist zum Schließen der demografischen Lücke eine jährliche Zuwanderung von 400 000 bis 500 000 Arbeitskräften notwendig.

Deshalb braucht Deutschland dringend eine grundlegende Reform des Fachkräftezuwanderungsgesetzes. Die Hürden sind bisher so hoch, dass es für Menschen von außerhalb der EU wenig attraktiv ist, nach Deutschland zu kommen. Dabei ist ein modernes Zuwanderungsgesetz nur ein Baustein. Ebenso wichtig wird sein, Menschen aus dem Ausland mehr Wertschätzung entgegenzubringen.

Ihr Jörg Rommelfanger
Herausgeber

Deutschland braucht eine neue Identität

Ein »Wir-Gefühl« muss alle Migranten einschließen, gleichgültig woher sie kommen

Von Klaus Gertoberens

Der Krieg hat Millionen Ukrainer vertrieben – viele davon auch nach Deutschland. Die Lage weckt bei vielen Menschen Erinnerungen an die Flüchtlingskrise 2015. Dabei steht die Frage im Raum: Behandeln wir Geflüchtete aus gewissen Ländern unterschiedlich? Oder hat sich die Willkommenskultur für Geflüchtete einfach verändert?

Die Umstände sind kaum vergleichbar. Auch wenn es vermutlich nur die Wenigsten zugeben würden: Menschen kalkulieren, wen sie aufnehmen und wen nicht. Syrer, Afghanen oder Jemeniten trafen zwar ebenfalls auf große Hilfsbereitschaft. Doch stets schwang Unbehagen mit. Es kamen vor allem junge Männer. Muslime. Aus einem sich dahinziehenden Krieg. Aus der Ukraine, dem christlich geprägten Land, fliehen vor allem Frauen und Kinder.

So werden Menschen nun häufig kategorisiert, werden die Fliehenden in echte und unechte, gute, schlechte oder nütz-

lich unterteilt. Wie es etwa Berlins Bürgermeisterin Franziska Giffey tat, als sie den Arbeitswillen ukrainischer Geflüchteter lobte und damit unterschwellig unterstellte, dass andere Geflüchtete zunächst nach Sozialleistungen schielten.

Seit einigen Jahren ist Deutschland, wie nach dem Zweiten Weltkrieg, auf Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen. Doch die Gründe sind diesmal andere: Der demografische Wandel sowie Defizite bei der Aus- und Fortbildung von Beschäftigten haben unter anderem dazu geführt, dass hierzulande junge, gut ausgebildete Menschen zunehmend fehlen. Es müsste also jeder, der nach Deutschland kommen will, willkommen geheißen werden.

Willkommenskultur ist ein zusammengesetztes Wort. Drückt der Bestandteil »Willkommen« die positive Grundhaltung gegenüber Zuwandernden aus, so verlangt der Bestandteil »Kultur« nach bestimmten sozialen Techniken, nach einer Verankerung der positiven Grundhaltung in den gesellschaftlichen und administrativen Alltag, damit Willkommenskultur nicht nur verkündet wird, sondern gelebt werden kann. Dafür

braucht es aber ein anderes »Wir-Gefühl«, eine neue deutsche Identität, die auch alle Migranten miteinschließt.

Lange wehrten sich Politiker dagegen, Deutschland als Einwanderungsland zu bezeichnen. Doch wer die Realität nicht anerkennt, kann sie auch nicht sinnvoll gestalten. Es geht darum, ein positives Selbstbewusstsein als Einwanderungsland zu entwickeln. Inzwischen leben in Deutschland über 21 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Das unsägliche Gerede von einer sogenannten »Leitkultur«, von sogenannten »Wirtschaftsflüchtlings«, von der Migration als »Mutter aller Probleme« hat seit der sogenannten »Flüchtlingskrise« nicht nur den politischen Diskurs demokratiegefährdend weit nach rechts verschoben, es hat vor allem dazu beigetragen, dass Einwanderer von vielen, die es besser wissen müssten, als Bedrohung wahrgenommen werden.

Dabei ist das absolute Gegenteil für Deutschland richtig. Und für viele andere Industrieländer. Es wird daher Überzeugungskraft und gute Integrationsperspektiven brauchen.



Klaus Gertoberens (* 1951) ist Chefredakteur von Flechtwerk. Der diplomierte Betriebswirt und Politologe hat sich nach

dreißig Jahren Tagesjournalismus in leitenden Funktionen wieder aufs »Lokale« besonnen. Als gebürtiger Rheinländer hatte er

Anfang der 80er-Jahre mitgeholfen, eine Lokalredaktion im Münchner Umland aufzubauen. Diese kommunalen Erfah-

rungen hatten ihn derart fasziniert, dass er sich in seiner Diplomarbeit mit den Möglichkeiten auseinandersetzte, wie dem

Bürgerwillen in den Gemeinden mit Mitteln der direkten Demokratie stärker Geltung verschafft werden könnte.

Die Folgen des Ukraine-Krieges

Die Invasion Russlands in die Ukraine hat nicht nur die größte Fluchtbewegung in Europa seit Ende des Zweiten Weltkriegs ausgelöst. Seine vielfältigen Auswirkungen zeigen sich bereits weltweit: So haben sich beispielsweise nach Sanktionsmaßnahmen die Verbraucherpreise verteuert und angesichts blockierter Getreideexporte ist die Ernährungssicherheit in Afrika gefährdet. Eine Analyse des Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung



Foto: Pawel Szymanski/Reuters

Von Klaus Gertoberens

Millionen von Menschen suchen innerhalb und außerhalb der Ukraine Schutz vor dem Angriffskrieg Russlands. Allein im Land sind rund acht Millionen Menschen auf der Flucht. Weitere sechs Millionen Menschen haben seit dem 24. Februar das Land verlassen. Sie sind vor allem in die Anrainerstaaten Polen und Rumänien geflohen. In Deutschland hat das Ausländerzentralregister bis September 967 546 Personen aus der Ukraine registriert.

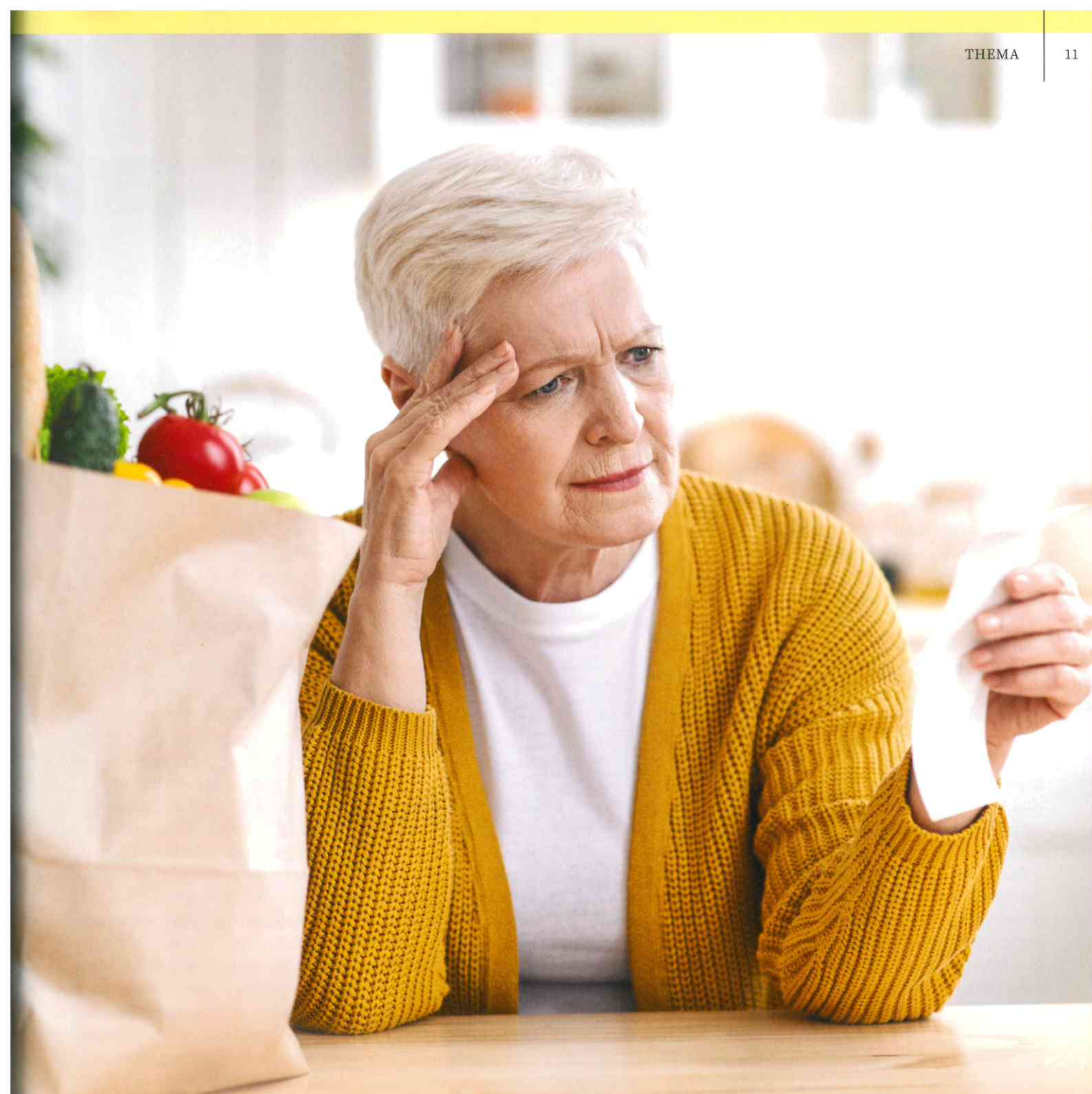
Die aktuellen Fluchtbewegungen unterscheiden sich deutlich von denen der Jahre 2015/2016 – sowohl aufgrund der

demografischen Zusammensetzung der Geflüchteten als auch anhand der rechtlichen Rahmenbedingungen, unter denen die Menschen ankommen. Dies dürfte kurz- und mittelfristig in besonderem Maße die Kommunen herausfordern. Sie kümmern sich, unterstützt von zahlreichen ehrenamtlichen Initiativen und Einzelpersonen, um die Ankunft, um die Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten. Sind diese ersten Hürden genommen, müssen die Kommunen Neuankommenden und Alteingesessenen gleichermaßen die Teilhabe an zentralen Lebensbereichen wie Bildung, Gesundheit und Arbeitsmarkt ermöglichen – auch in friedlichen Zeiten eine enorme Herausforderung. Die schwer einschätz-

bare Entwicklung des Krieges erschwert diese Arbeit zusätzlich.

Ungewissheit in den Kommunen

Das Berlin-Institut arbeitet in vielen Projekten eng mit Vertreterinnen und Vertretern aus Kreis- und Kommunalverwaltungen und der Zivilgesellschaft zusammen. Bei der Arbeit vor Ort wurde besonders deutlich: Die Verantwortlichen müssen mit einem hohen Grad an Ungewissheit umgehen. So ist nicht immer klar, wie viele Menschen wann ankommen. Vielerorts mussten die Verwaltungen daher zunächst in den Notfall-Modus schalten, um rasch all



Die sozialen Auswirkungen des Ukraine-Kriegs

Auch wenn die langfristigen Folgen des Ukraine-Kriegs von dessen weiteren Verlauf und den Reaktionen darauf abhängen, zeichnen sich schon jetzt weitreichende wirtschaftliche und soziale Folgen auch für Deutschland ab.



Beruflicher Neustart nach der Flucht

**Bürokratische Hürden erschweren arbeitswilligen
Ukrainerinnen und Ukrainern den Zugang zum deutschen
Arbeitsmarkt**



Von Joana Lehner

Mehr als 970 000 Geflüchtete aus der Ukraine sind bereits in Deutschland erfasst, davon haben 82 000 bereits einen Integrationskurs beantragt.

Doch trotz großen Bemühens ist es für viele nicht einfach, in den deutschen Arbeitsmarkt einzusteigen, vor allem nicht im ursprünglich gelernten Beruf. Oft mangelt es an Deutschkenntnissen und es dauert lange, bis die beruflichen Qualifikationen anerkannt werden.

Diana Henniges, Gründerin des Flüchtlingshilfevereins »Moabit hilft«, warnt deshalb: »Wir verlieren hoch qualifizierte Fachkräfte, wenn wir sie nicht schnell genug in passende Jobs vermitteln.«

Am Universitätsklinikum in der sachsen-anhaltischen Stadt Halle plant Steve Glaubauf, Vize-Direktor des Pflegediensts, schon seit langem, wie er rund 20 Ukrainerinnen als Pflegekräfte unterbringt. Viele sind allein mit ihren Kindern aus dem ostukrainischen Donbas-Gebiet geflohen, die deutsche Sprache ist ihnen

noch fremd. Einige haben schon als Pflegekraft in der Ukraine gearbeitet, andere haben hingegen noch gar keine Erfahrung. Mit seinem Team sichtet Glaubauf deshalb Arbeitszeugnisse, organisiert Wohnungen, Kita- sowie Schulplätze und telefoniert mit den zuständigen Ämtern.

Sechs der Ukrainerinnen hat er schon einen Platz in Sprachkursen der Stadt Halle verschafft, den sie vier Stunden am Tag besuchen. Nebenher hospitieren sie als Pflegehelferinnen auf verschiedenen Klinik-Stationen. »Wir haben den Vorteil, dass wir bereits einen Prozess für Pflegefachkräfte aus dem Ausland aufgesetzt haben, den wir jetzt entsprechend anpassen«, erklärt Glaubauf. Dazu gehörten Mentoren aus den Ärzte- und Pflegeteams und ein Ausbildungsprogramm für Pflegefachkräfte und Pflegehelfer.

Doch selten sind Unternehmen so gut auf die Integration der ukrainischen Geflüchteten vorbereitet wie das Universitätsklinikum in Halle. Die wenigsten haben überhaupt einen Prozess. Hinzukommt: Selbst mit Prozess bleibt es für Unternehmen oft eine große Herausforderung, Ukrainern beim Einstieg in den

Personalnot belastet Firmen immer stärker

Der Fachkräftemangel kann nur mit Einwanderung gelöst werden

Von Jan Klauth

Die Entwicklung zeichnet sich seit Jahren ab – und erreicht nun einen neuen Tiefpunkt. Deutschlands Ausbildungskrise spitzt sich immer weiter zu. »Mehr als vier von zehn IHK-Ausbildungsbetrieben konnten im vergangenen Jahr nicht alle angebotenen Ausbildungsplätze besetzen – ein Allzeithoch. Und von diesen Unternehmen hat mehr als jedes dritte keine einzige Bewerbung erhalten«, sagt Achim Dercks, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK). Geradezu »alarmierend« seien die Ergebnisse der Ende August veröffentlichten Ausbildungsumfrage unter bundesweit rund 15.000 Betrieben.

Hatte der Anteil der Betriebe, die nicht für alle offenen Stellen Azubis finden konnten, im Jahr 2018 noch bei 32 Prozent

gelegen, betrug er 2021 bereits 42 Prozent. Besonders in drei Branchen ist der Mangel gewaltig. So finden mittlerweile 50 Prozent aller Ausbildungsbetriebe in der Industrie (ohne Bau) nicht genügend Azubis. Das entspricht einem Zuwachs von 17 Prozentpunkten. Noch stärker betroffen sind Transport und Logistik mit einem Anstieg von 40 auf 54 Prozent sowie das Gastgewerbe mit einem Zuwachs von 54 auf 67 Prozent.

Die deutsche Corona-Politik der vergangenen Jahre hat die Krise zusätzlich verstärkt. »Dass sich die Schere zwischen Ausbildungsangeboten und nachfragenden Jugendlichen noch weiter geöffnet hat, ist nicht zuletzt auf die coronabedingten Einschränkungen zurückzuführen«, sagt Dercks. Denn die Berufsorientierung, Berufsberatung und Ausbildungsplatzsuche seien erheblich erschwert worden.

»Die Berufsberater der Arbeitsagenturen kamen nicht mehr in die Schulen, Ausbildungsmessen und Betriebspraktika

mussten komplett abgesagt werden. Das hat bei vielen Jugendlichen die Orientierungslosigkeit verstärkt«, sagt Dercks.

Insbesondere während der Lockdowns seien viele junge Menschen abgerutscht. »Manche haben dort gejobbt, wo es keine Qualifikationen braucht, etwa in Testzentren. Andere sind gar nicht mit dem Arbeitsmarkt in Berührung gekommen«, sagt Dercks. »Die psychische Belastung während der Pandemie hat die Verunsicherung zusätzlich verstärkt.«

In einigen Branchen ist der Mangel verkräftbarer als in anderen. So bedrohen fehlende Fachkräfte die Energie- und Verkehrswende. Die ambitionierten Ziele, die sich die Bundesregierung gesteckt hat, können kaum erreicht werden.

Davor warnt beispielsweise Friedrich Hubert Esser, Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB). »Die großen Transformationsziele, wie sie im Koalitionsvertrag stehen – sei es der Bau von mehr Wohnungen oder die Umstellung